



Foto: RK/Lichtenscheidt

»Es bedarf einer starken Stimme, hinter der der gesamte Hochschulbereich steht«

Horst Hippler,
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz,
über die Rolle der HRK und über
künftige Herausforderungen im
Wissenschafts- und Bildungssystem

Herr Prof. Hippler, viele Universitäten verzeichnen zum WS 2013/14 einen Rekord an Studierendenzahlen, die Goethe-Universität hat das historische Hoch von 45.000 Studierenden überschritten. Ist das ein Grund zur Freude?

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn immer mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen. Die doppelten Abiturjahrgänge haben den Anstieg verstärkt, aber wir sehen generell einen Trend zum Studium. Der ist gut und notwendig: Wir brauchen viele Studierende, um den wachsenden Bedarf nach akademisch gebildeten Arbeitnehmern zu bedienen – zumal wir aufgrund der demografischen Entwicklung bald deutlich weniger Nachwuchskräfte zur Verfügung haben werden. Aber es kann nicht so weitergehen, dass die wachsende Studierbereitschaft aus diesen guten Gründen von der Politik bejubelt wird, die Hochschulen von eben dieser Politik aber nicht für diese Ausgabe ausgestattet werden.

Wird – wie alle Wissenschaftsorganisationen inzwischen fordern – tatsächlich künftig mehr Geld in eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen fließen, die angesichts der steigenden Studierendenzahlen unter einer besonderen Belastungsprobe stehen?

Wir kämpfen sehr dafür. Die Hochschulen haben ja gute Argumente und enorme Leistungen vorzuweisen: Die Entwicklung der angeworbenen Drittmittel und eine Studierendenzahl in Rekordhöhe sprechen für sich. Zudem weiß mittlerweile auch die Politik, dass die Hochschulfinanzierung gegenüber der Förderung der außeruniversitären Einrichtungen in den letzten Jahren deutlich zu kurz gekommen ist. Das hat zu einer Unwucht im Wissenschaftssystem geführt, die dringend korrigiert werden muss. Viel wird von der neuen Bundesregierung abhängen.

Prof. Julian Nida-Rümelin hat vor Kurzem beklagt, dass sich zu viele Schulabgänger für ein Studium entscheiden würden und das Duale Berufsbildungssystem dadurch ins Hintertreffen gerate. Teilen Sie die Analyse?

Ich halte nichts davon, berufliche und akademische Bildung gegeneinander auszuspielen. Viele Berufsfelder zeichnen sich durch eine viel höhere Komplexität aus als noch vor 10 oder 20 Jahren, Innovationen – wesentlich auch aus den Hochschulen – haben die Arbeitswelt stark verändert. Viele Tätigkeiten gab es früher noch gar nicht. Es ist folgerichtig und notwendig, dass auch deutlich mehr Menschen studieren. Zugleich steht die hohe Qualität der beruflichen Bildung in Deutschland außer Frage. Niemand kann die Anforderungen des Arbeitsmarktes von morgen genau vorhersagen. Deswegen wäre es sinnlos, so etwas wie Quoten für die akademische und die berufliche Bildung einzuführen. Woran wir arbeiten sollten, ist eine noch größere Durchlässigkeit zwischen beiden Bereichen, die individuelle Lern- und Erwerbsbiographien ermöglicht, wie wir sie in der Vergangenheit nicht kannten, als man auf den einmal eingeschlagenen Weg akademischer oder beruflicher Bildung festgelegt war.

Hat die Bologna-Reform das deutsche Hochschulsystem gestärkt oder geschwächt, wo gibt es aus Ihrer Sicht Nachholbedarf?

Die Bologna-Reform hat in Studium und Lehre wichtige Entwicklungen und Diskussionen in Gang gesetzt: Die Ausrichtung der Studienangebote auf die Kompetenzen der Absolventinnen und Absolventen etwa oder die Aufwertung der Lehre sind wichtig und richtig. Die Diskussion um die Reform war schwierig und manchmal hart. Aber selten wurde derart engagiert und in einer so breiten Öffentlichkeit über Studium und Lehre gesprochen – die Bedeutung eines guten Studiums ist so ins allgemeine Bewusstsein gerückt. Das ist erst einmal positiv. Entscheidend wird jetzt sein, ob wir die noch nötigen Verbesserungen hinbekommen: Die Hochschulen müssen die Optionen des gestuften Systems besser ausschöpfen. Dazu hat die HRK entsprechende Beschlüsse gefasst. Und die Politik muss die Hochschulen mit den nötigen Mitteln ausstatten, um die Ziele der Studienreform auch umzusetzen, wie etwa die individuelle Betreuung der Studierenden – nicht über befristete Programme, sondern durch eine vernünftige Grundfinanzierung.

Die Exzellenzinitiative hat zur weiteren Differenzierung des Hochschulsystems beigetragen; das bedeutet jedoch auch, dass einige Hochschulen aus dem Wettbewerb gestärkt, andere jedoch geschwächt hervorgegangen sind. Ist ein Zwei- oder Mehrklassensystem wirklich erwünscht? Und heißt das fortan: „Wer hat, dem wird gegeben“, sodass die Großen weiterhin von ihrer Größe profitieren und sich bei der Forschungsförderung eher durchsetzen?

Die Exzellenzinitiative hat den Differenzierungsprozess noch einmal stärker ins Bewusstsein gerückt, teilweise natürlich auch befördert. Ein zementiertes Klassensystem wäre kein akzeptables Ergebnis. Aber dass Hochschulen ihre Stärken entwickeln, Schwächen abbauen und so zu unterschiedlichen Profilen kommen und sich damit dem Wettbewerb stellen, ist nicht zu beklagen. Forschungsstärke ist dabei nur ein Kriterium unter vielen, um die Leistungsfähigkeit einer Hochschule zu bewerten. Lehre, Internationalisierung, die Einbeziehung nicht-traditioneller Studierendengruppen – das sind nur ein paar weitere Aufgabenbereiche, um sich als Hochschule zu profilieren. Wir haben gut 100 Universitäten und insgesamt annähernd 240 staatlich finanzierte Hochschulen. Da ist Differenzierung notwendig, um als Gesamtsystem erfolgreich zu sein. Wichtig ist, dass eine Finanzgrundlage geschaffen wird, die Profiling auch ermöglicht.

Ist es angesichts der fortschreitenden Differenzierung der deutschen Hochschulen weiterhin möglich, alle Interessen durch die HRK zu vertreten? Die Gründung von neuen Zusammenschlüssen wie der TU9 und U15 weisen doch in eine andere Richtung.

Wachsende Vielfalt bedeutet auch eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen. In den Verbänden – tatsächlich gibt es ja noch eine ganze Reihe mehr, als die von Ihnen genannten – haben sich Hochschulen aus ganz unterschiedlichen

Gründen zusammengetan: Sie vertreten gleichgerichtete Interessen, treten gemeinsam im Ausland auf oder betreiben Benchmarking. Gleichwohl gibt es nach wie vor viele gemeinsame Interessen über alle Hochschulen hinweg: die auskömmliche Finanzierung der Hochschulen, die Erweiterung des Handlungsspielraums gegenüber der staatlichen Seite, die Bereitstellung angemessener Infrastrukturen, die Weiterentwicklung der Studienreform, um nur einige zu nennen. Um diese Forderungen durchzusetzen, bedarf es einer starken Stimme, hinter der der gesamte Hochschulbereich steht. Das ist die Rolle der HRK.

Wie stehen die Chancen, dass außeruniversitäre und universitäre Forschungseinrichtungen künftig noch besser kooperieren können? Wären Bund und Länder dazu bereit, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, wie es das kürzlich veröffentlichte Frankfurter Manifest fordert? Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass in der kommenden Legislaturperiode das im Grundgesetz seit der Föderalismusreform verankerte Kooperationsverbot fällt und der Bund wieder größere, vor allem finanzielle Einflussmöglichkeiten auf die Hochschulen erhält?

Im Hinblick auf die Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren vieles getan: Die ‚Versäulung‘ der Forschungslandschaft, von der man Ende der 90er Jahre noch sprach, ist weitgehend überwunden. Die Exzellenzinitiative hat auch der Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen einen wichtigen Impuls gegeben. Auch in Zukunft brauchen wir die starke Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und Partnern aus der Wirtschaft. Die Hochschulen müssen in diesen Netzwerken die zentrale Rolle spielen. Deshalb ist ihre auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung für das Gesamtsystem so wichtig. Und die wird sich nur realisieren lassen, wenn das so genannte Kooperationsverbot fällt und der Bund sich bei der Grundfinanzierung der Hochschulen engagieren kann.

Die Goethe-Universität gehört zu den „Volluniversitäten“, hat aber als autonome Stiftungsuniversität ein hohes Maß an Eigenständigkeit erworben. Wie schätzen Sie die Bedeutung dieses Modells ein? Könnte es ein Vorreiter hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Hochschulsystems sein?

Autonomie ist für die Hochschulen von überragender Bedeutung. Dabei sind unterschiedliche Modelle denkbar, angefangen von den Stiftungsuniversitäten über Erprobungsfälle wie z. B. die TU Darmstadt, die durch ein eigenes Gesetz besondere Autonomie erhalten hat, oder das Wissenschaftsfreiheitsgesetz in NRW, das allen dortigen Hochschulen relativ viel Handlungsspielraum einräumt. Der Staat sollte sich generell auf die reine Rechtsaufsicht und die Gewährung eines Globalbudgets beschränken.

Die Fragen stellte Dirk Frank.